

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 10. September 1965

A 22127 C

Nummer 37

Verfehlte Kapitalmarktpolitik

Bundesregierung und Notenbank stehen heute vor einem kapitalmarktpolitischen Dilemma. Der Kapitalzins ist gegenwärtig mit $7\frac{1}{2}\%$ höher als Mitte 1960 (7%) und droht, auf das vor sieben Jahren verlassene „exotische“ Niveau von 8% zu steigen. Aus begreiflichen Gründen bemühen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen, einer solchen Zinserhöhung vorzubeugen. Andererseits wollen sie nichts unternehmen, was die Expansion der Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten anregen könnte; die Bundesbank lehnt es deshalb ab, ihre Instrumente zur Stabilisierung des Kapitalzinses einzusetzen. Im Gegenteil! Erst vor kurzem hat sie den Diskont erneut erhöht und die Bankeinlagen mehrerer Kreditinstitute des langfristigen Geschäfts der Mindestreservepflicht unterworfen; dadurch ist das Reserve-Soll der Banken um schätzungsweise 400 Mill. DM erhöht worden. Beide Maßnahmen, die nur „ordnungs“- und strukturpolitisch motiviert werden, wirken zinssteigernd. Die Bundesbank hat zwar die für den Herbst vorgesehene Kürzung der Rediskontkontingente der Banken teilweise rückgängig gemacht und wird möglicherweise bereit sein, den Banken gewisse Liquiditätshilfen zu gewähren. Ein grundsätzlicher Wandel ihres geldpolitischen Kurses ist aber vorerst nicht zu erwarten. Deshalb suchen die wirtschaftspolitischen Instanzen heute nach Wegen, auf denen man das Ziel einer Zinsstabilisierung erreichen kann, ohne auf eine Dämpfung der Konjunktur verzichten zu müssen.

Die von offizieller Seite erstrebte Lösung besteht darin, daß Wirtschaft, Banken und öffentliche Stellen entweder ihre Anleihewünsche freiwillig mäßigen oder durch eine staatliche Emissionskontrolle zu einer Drosselung ihrer Anleiheemissionen gezwungen werden. Für diese Empfehlungen werden scheinbar unanfechtbare Argumente ins Feld geführt: Durch eine Einschränkung der Emissionen könne die zu hohe Nachfrage nach Kapitalmarkt-

mitteln wieder dem Angebot angepaßt und somit der Kapitalzins stabilisiert werden¹⁾. Da die Verringerung der Emissionen auch zu einer Reduzierung der Ausgaben von Wirtschaft und öffentlichen Stellen führe, habe sie einen erwünschten konjunkturpolitischen Effekt. Auch aus anderen als konjunkturpolitischen Gründen sei die freiwillige oder erzwungene Dämpfung der Emissionstätigkeit einer expansiven Liquiditätspolitik der Notenbank überlegen. Ein Druck auf die Emissionen sei ein direkter Weg zu einem stabilen Marktgleichgewicht. Dagegen stelle die Liquidität der Banken keinen geeigneten Ansatzpunkt für eine Kapitalmarktpolitik dar. Denn einmal sei völlig ungewiß, wie stark die Banken auf eine Erhöhung ihrer Liquidität mit Wertpapierkäufen reagieren würden. Zum anderen werde das Gewicht der Banken am Rentenmarkt überschätzt; die Wertpapierkäufe der Banken seien zwar von Herbst vorigen Jahres an zurückgegangen, dieser Rückgang sei aber von der Zunahme der übrigen Wertpapierkäufe mehr als wettgemacht worden.

Diese — schon juristisch umstrittenen — offiziellen Empfehlungen sind ebenso unhaltbar wie ihre Begründung. Unzutreffend ist einmal die These, daß — im Gegensatz zur Steigerung der Bankenliquidität — eine Emissionseinschränkung das Marktungleichgewicht, also die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt, entsprechend verringere; diese These resultiert aus einer partiellen Betrachtungsweise. Zweitens ist es fraglich, ob und gegebenenfalls wie weit die Kürzung der Emissionen zu einer Reduzierung der Ausgaben führt, also ihren konjunkturpolitischen Zweck erfüllt.

Diagnose des Kapitalmarktes

Das „Klima“ auf dem Kapitalmarkt hängt davon ab, in welcher Weise diejenigen, die Fremdmittel benötigen oder erspartes Geld anlegen oder halten wollen, die Verschuldung oder Geldersparnis aufzuteilen wünschen: einerseits auf den Kapitalmarkt, andererseits auf den Geldmarkt, die Notenbank und

¹⁾ Die oft aufgestellte Behauptung, daß der Markt für festverzinsliche Wertpapiere durch die Emittenten, insbesondere durch die Realkreditinstitute, überfordert werde, ist vom DIW bereits vor kurzem entkräftet worden. Vgl. Wochenbericht Nr. 36/1965.

auf Bargeldhaltung. Von April 1964 bis Juni 1965 haben die Nichtbanken (einschließlich des Auslandes) in Mrd. DM

Wertpapiere abgesetzt	10,3
Kredite bei Geschäftsbanken aufgenommen .	39,2
gegenüber Bundesbank und Geldmarkt sich entschuldet (—) ²⁾	— 1,8
insgesamt Geld aufgenommen	47,7
Wertpapiere gekauft	15,7
Guthaben bei Geschäftsbanken gebildet	31,4
ihre Kasse (Bargeld und Notenbankguthaben) erhöht	0,6
insgesamt Geld angelegt oder zusätzlich gehalten	47,7
mehr Wertpapiere gekauft als abgesetzt (dem- entsprechend haben die Geschäftsbanken mehr Wertpapiere abgesetzt als gekauft) ..	5,4
einen Kreditüberschuß (—) bei Geschäfts- banken erzielt	— 7,8
per Saldo bei Geschäftsbanken Geld aufgenommen	— 2,4
Die Geschäftsbanken stellten mithin per Saldo den Nichtbanken zur Verfügung	2,4
und mußten Mindestreserven und Trans- aktionskasse erhöhen	2,7
verringerten mithin ihre Liquiditätsreserven ³⁾	5,1

Die Bankenliquidität ist eine der für Änderungen der Kapitalmarktsituation wichtigsten Größen⁴⁾. Wenn dies häufig nicht erkannt wird, so wird übersehen, daß — unter Berücksichtigung des Reserve-Solls — die Änderung der Netto-Liquiditätsreserven nichts anderes ist als das Spiegelbild der Differenz zwischen Geldaufnahme und -anlage der Nichtbanken auf dem Wertpapiermarkt und bei den Geschäftsbanken. Die Abnahme der Bankenliquidität seit April vorigen Jahres bedeutet, daß die Banken eine „Übernachfrage“ der Nichtbanken nach Krediten zu Lasten ihrer Reserven finanziert haben. Unter diesen Umständen mußte die Neigung der Banken, ihre Kredite zu unveränderten Konditionen anzubieten und Anlagen auf dem Wertpapiermarkt vorzunehmen, erheblich nachlassen.

Kapitalmarkttherapie

Eine Stabilisierung des Kapitalzinses könnte nur dadurch erreicht werden, daß der Überschuß der Geldaufnahme über die Geldanlagen der Nichtbanken auf dem Wertpapiermarkt und bei Geschäftsbanken entweder beseitigt oder hinsichtlich seiner negativen Wirkungen auf die Bankenliquidität neutralisiert würde. Der Kreditüberschuß könnte nur beseitigt werden, wenn die Nichtbanken ihre liquiden Anlagen (Bargeld, Notenbankguthaben, Geldmarktanlagen) zugunsten der Anlagen auf dem Kapitalmarkt verminderten oder ihre Kreditaufnahme vom Kapitalmarkt auf die Notenbank oder den Geldmarkt verlagerten. Die Inländer, vor allem die öffentlichen Stellen, haben wenig Möglichkeiten, ihr Defizit über Notenbankguthaben und -kredite zu finanzieren. Dagegen ist wegen des sehr hohen deutschen Kapitalzinses eine Zunahme der Anlagen von Ausländern, also ein zusätzlicher deutscher Kapitalimport, in den Bereich des Möglichen gerückt. Zusätzliche Anlagen von Ausländern

Kapitalmarkt und Geldmarkt

Zunahme bzw. Abnahme (—) der Forderungen und Verbindlichkeiten in Mrd. DM

	April - März		2. Vierteljahr	
	1963/64	1964/65	1964	1965
I. Transaktionen der Nichtbanken ¹⁾				
A. Geldaufnahme				
Wertpapierabsatz ²⁾ (netto)	5,9	7,3	1,8	3,0
Inland: Festverzinsliche	3,8	3,4	0,8	1,2
Aktien	1,5	2,8	0,7	1,7
Ausländische Papiere ³⁾	0,6	1,1	0,3	0,1
Kreditaufnahme bei Geschäftsbanken .	24,8	30,2	8,0	9,0
längerfristig ⁴⁾	20,2	22,8	5,3	5,3
Zusammen	30,7	37,5	9,8	12,0
Geldmarkt und Bundesbank ⁵⁾	3,8	— 0,9	— 0,5	— 0,9
Geldaufnahme, insgesamt	34,5	36,6	9,3	11,1
B. Geldanlagen				
Wertpapiererwerb (netto)	10,5	11,9	2,2	3,8
Inländer	7,7	11,9	2,8	3,6
Ausländer: Festverzinsliche	1,9	— 0,4	— 0,5	0,1
Aktien	0,9	0,4	— 0,1	0,1
Anlagen bei Geschäftsbanken ⁶⁾ . . .	23,5	15) 24,1	6,9	13) 7,3
dar.: längerfristig ⁷⁾	18,1	20,7	3,8	3,9
Zusammen	34,0	36,0	9,1	11,1
Bargeld, Geldmarkt u. Bundesbank ⁸⁾	0,5	0,6	0,2	0,0
Geldanlagen, insgesamt	34,5	36,6	9,3	11,1
C. Überschuß (+) der Geldanlagen über die Geldaufnahme				
Wertpapiermarkt u. Geschäftsbanken	+ 3,3	— 1,5	— 0,7	— 0,9
Geldmarkt und Bundesbank	— 3,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,9
II. Transaktionen der Geschäftsbanken				
A. Geldaufnahme				
Absatz v. Bankobligationen ²⁾	9,1	9,8	1,8	1,9
Anlagen der Nichtbanken	23,5	13) 24,1	6,9	13) 7,3
Zusammen	32,6	33,9	8,7	9,2
Refinanzierung bei der Bundesbank	0,1	1,4	— 0,3	0,6
Ausländische Geldmärkte ⁸⁾	0,2	0,4	0,2	0,2
Geldaufnahme, insgesamt	32,9	35,7	8,6	10,0
B. Geldanlagen				
Nettoerwerb von festverzinslichen Wertpapieren . . .	4,2	4,8	1,2	0,7
Aktien	0,3	13) 0,4	0,2	13) 0,4
Kredite an Nichtbanken	24,8	30,2	8,0	9,0
Zusammen	29,3	35,4	9,4	10,1
Zentralbankguthaben ⁹⁾	2,2	1,8	— 0,1	0,9
Inländische Geldmarkttitel ¹⁰⁾ . . .	0,9	— 1,9	— 0,6	— 0,9
Ausländische Geldmärkte ¹¹⁾	0,5	0,4	— 0,1	— 0,1
Geldanlagen, insgesamt	32,9	35,7	8,6	10,0
C. Überschuß (+) der Geldanlagen über die Geldaufnahme				
Wertpapiermarkt und Nichtbanken	— 3,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,9
Geldmarkt und Bundesbank	+ 3,3	— 1,5	— 0,7	— 0,9
dar.: Netto-Liquiditätsreserven ¹²⁾	+ 1,3	— 3,0	— 0,4	— 1,7

1) Einschl. ausländischer Banken. — 2) Zu Kurswerten. — 3) Nettoverkäufe von ausländischen Titeln an Inländer. — 4) Mittel- und langfristige Bankkredite an Inländer. — 5) Aufgliederung siehe Tabelle „Transaktionen“. — 6) Einschl. nicht aufzugliedernder Aktiva und Passiva. — 7) Nur Inländer: Termin- und Spareinlagen, längerfristige Gelder und Darlehen, Grundkapital und gesetzliche Rücklagen der Geschäftsbanken. — 8) Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktpapieren. — 9) und Bargeld. — 10) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — 11) Bankanlagen ausländischer Banken. — 12) Anlagen in inländischen Geldmarkttiteln und auf ausländischen Geldmärkten abzgl. Refinanzierung bei der Bundesbank. — 13) Ohne vorübergehende Erhöhung der Sichteinlagen bzw. der Konsortialbeteiligungen um 510 Mill. DM aufgrund der gesetzlichen Mindesteinzahlung im Zusammenhang mit Veba-Kapitalerhöhung.

²⁾ In diesem Falle fast ausschließlich Abnahme der Verschuldung des Auslandes gegenüber Notenbank und Geldmarkt und — identisch hiermit — Abnahme der deutschen Währungsreserven.
³⁾ Liquide Anlagen abzüglich Refinanzierung bei der Notenbank und — hier im Gegensatz zu der in der Tabelle ausgewiesenen Zahl — der Verschuldung auf ausländischen Geldmärkten.
⁴⁾ Daß die Entwicklung der Kurse festverzinslicher Wertpapiere in hohem Maße mit der Entwicklung der Bankenliquidität übereinstimmt, zeigt die Graphik im Wochenbericht Nr. 24/1965.

Transaktionen von Nichtbanken ¹⁾ mit Geldmarkt und Bundesbank in Mrd. DM

	April-März		2. Vierteljahr	
	1963/64	1964/65	1964	1965
Geldaufnahme				
Zentralbankkredite	0,7	—0,1	0,3	0,2
Inländische Geldmarkttitel ²⁾ . . .	0,3	—0,2	—0,4	0,3
Verschuldung des Auslandes ³⁾ gegen Bundesbank und Geldmarkt	2,8	—0,6	—0,4	—1,4
Zusammen	3,8	—0,9	—0,5	—0,9
Geldanlage				
Bargeld	0,9	2,5	0,9	0,9
Zentralbankguthaben	—1,2	—1,9	—0,7	—0,4
Inländische Geldmarkttitel ²⁾ . . .	—0,1	0,0	0,1	0,1
Sonstige Positionen	0,9	0,0	—0,1	—0,6
Zusammen	0,5	0,6	0,2	0,0

¹⁾ Einschl. ausländischer Banken. — ²⁾ Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ³⁾ Identisch mit der Zunahme oder Abnahme (—) der Netto-Währungsreserven des deutschen Bankensystems (ohne die laut Zahlungsbilanzstatistik von den Kreditinstituten gewährten und aufgenommenen „kurzfristigen Kredite“).

würden einmal den Kapitalmarkt unmittelbar entlasten. Sie würden aber auch die Liquidität und die Anlageneigung der Banken stärken; denn dem Kapitalimport entspricht ein Strom von Devisen und damit liquiden Mitteln zu Inländern, die diese Mittel vermutlich größtenteils zum Aufbau ihrer Bankguthaben und zur Verringerung ihrer Bankkredite verwenden würden. Es liegt freilich auf der Hand, daß eine solche „Lösung“ des Kapitalmarktproblems keineswegs in der Absicht der wirtschaftspolitischen Instanzen liegt und auch nicht erhofft werden sollte. Da somit der Kreditüberschuß der Nichtbanken auf dem Wertpapiermarkt und bei Geschäftsbanken nicht beseitigt werden dürfte, könnte eine Verminderung der Kapitalmarktspannungen nur durch eine liquiditätspolitische *Neutralisierung* dieses Überschusses mittels einer drastischen Mindestreservesenkung bewirkt werden. Aber auch dieser Weg soll — wie erwähnt — aus konjunkturpolitischen Gründen nicht beschritten werden.

Deshalb muß damit gerechnet werden, daß der Kapitalzins weiter steigen wird. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die „Übernachfrage“ auf dem Kapitalmarkt vermindert wird, indem man die Anleiheemissionen rationiert, also auf einem Teilmarkt interveniert. Ebenso wenig ist gewährleistet, daß der konjunkturpolitische Zweck, nämlich eine fühlbare Ausgabensenkung, erreicht wird:

Eine umfassende Kontingentierung der Anleiheemissionen würde zwar zu einer entsprechenden

Abnahme der Nachfrage nach Krediten auf dem Rentenmarkt führen. Es ist aber zu bezweifeln, daß hierdurch der Nachfrage-*Überschuß* entsprechend reduziert werden würde. Viele Kreditnehmer würden — wie es jetzt schon in starkem Maße geschieht — auf andere Märkte ausweichen. Soweit diese Nachfrage auf den Inlandsmärkten, also vor allem bei Kapitalsammelstellen und Geschäftsbanken, geltend gemacht würde, sähen sich diese Institute gezwungen, ihre Käufe von Rentenwerten zugunsten von Direktkrediten einzuschränken. Der Abnahme von Wertpapieremissionen würde also eine Abnahme des Wertpapiererwerbs gegenüberstehen. Nur wenn — was nicht kapitalmarktpolitisches Ziel ist — Inlandskredite durch Kredite von Ausländern substituiert würden, könnte der Nachfrageüberschuß auf dem Kapitalmarkt vermindert werden⁵⁾.

Der Nachfrageüberschuß würde aber auch dann erhalten bleiben, wenn einige der von der Emissionskontrolle betroffenen Kreditnehmer — wie von der Regierung geplant — ihre Ausgaben und ihre Gesamtverschuldung verringerten. Denn gleichzeitig würden andere Unternehmen und Haushalte weniger Einnahmen erzielen und sich entweder mehr verschulden oder weniger Geldersparnisse bilden: Die Schuldner würden zusätzliche Direktkredite nachfragen, wiederum zu Lasten der Wertpapierkäufe ihrer Kreditgeber; diejenigen Unternehmen und Haushalte, die weniger „sparen“, würden weniger Wertpapiere als bisher kaufen oder weniger Bankguthaben bilden und damit die für Kapitalmarktanlagen der Geschäftsbanken verfügbaren Mittel verringern. Die Spannungen auf dem Kapitalmarkt würden also auch auf diesem Wege nicht fühlbar gemildert.

Gewiß mag eingewendet werden, daß die geschilderten Interdependenzen zwischen den Geld- und Kapitalmärkten zu „mechanisch“ gesehen würden. Tatsächlich sind Anleihen und Bankkredite aller Art keine voll substituierbaren Titel. Dieser Einwand ist grundsätzlich berechtigt. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß der Grad der Substitution zwischen Wertpapieren und Bankkrediten doch so hoch ist, daß die Kritik an der Kapitalmarktpolitik von Regierung und Bundesbank nicht entscheidend modifiziert zu werden braucht.

⁵⁾ Wie stark diese Substitution ohnehin ist, geht daraus hervor, daß der „Restposten“ der Zahlungsbilanz von Mitte 1964 bis Mitte 1965 einen Aktivsaldo von 2,5 Mrd. DM aufwies gegenüber einem Passivsaldo von 0,1 Mrd. DM in dem vorangegangenen Vergleichszeitraum.

Umsatzstruktur und Umsatzentwicklung im Westberliner Verkehrsgewerbe

Das Güterkraftverkehrsgewerbe steht in Berlin (West) mit Abstand an der Spitze aller mittelständischen Verkehrsbereiche¹⁾, die 1963 insgesamt rund 500 Mill. DM umsetzten. Der Personenkraftverkehr folgt in weitem Abstand. Für die Binnenschifffahrt ist Berlin unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein ungünstiger Standort; der Verkehr der West-

berliner Häfen wickelt sich zu 80 vH mit dem Bundesgebiet ab, er wird in der Hauptsache von westdeutschen Reedereien durchgeführt. Vom Verkehrsnebgewerbe ist die Spedition und Lagerei besonders hervorzuheben.

Der Güterkraftverkehr, der von 1960 bis 1963 eine Umsatzsteigerung von 160 Mill. DM auf 190 Mill. D-Mark zu verzeichnen hatte, gliedert sich in die beiden großen Bereiche Nah- und Fernverkehr. Der

¹⁾ Nur selbständige Gewerbetreibende, also ohne BVG, Flughafengesellschaft, Behala sowie einige private Kapitalgesellschaften.

Die Umsatzstruktur ausgewählter Westberliner Verkehrszweige

Verkehrszweig	Zahl der Unternehmen ¹⁾ nach Umsatzgrößenklassen in 1000 DM					
	insgesamt	bis 12	12-100	100-250	250-1 000	1 000 u. mehr
Omnibusverkehr ²⁾	29	—	—	11	14	4
Taxi- und Mietwagenverkehr ³⁾ 1 211	77	1 120	14	28	4	—
Güterverkehr ³⁾ 915	164	606	113	108	25	—
Güterfernverkehr ³⁾ 238	—	29	76	108	25	—
Binnenschifffahrt (ohne Häfen und Wasserstraßen)	71	8	52	4	3	4
Spedition und Lagerei	57	—	8	5	19	25

¹⁾ September 1962. — ²⁾ Ohne BVG. — ³⁾ Ohne Betriebe, die keine Angaben über ihren Umsatz gemacht haben.
Quelle: Verkehrszensus 1962.

Nahverkehr ist übersetzt, es herrscht eine starke Fluktuation. Sein zulässiger Aktionsbereich von 50 km wird durch die Abschnürung Berlins eingeschränkt. Laut Verkehrszensus gab es 1962 rund 900 Nahverkehrsunternehmungen²⁾, die damals 60 Mill. DM umsetzten. Der Umsatz je Unternehmung betrug im Durchschnitt 66 000 DM, er lag damit um 10 000 DM niedriger als im übrigen Bundesgebiet. Wesentlich günstiger ist die Lage des Fernverkehrs. Für diesen Bereich hat die Abschnürung der Stadt nicht nur negative Auswirkungen gebracht. Die hierdurch bewirkte höhere durchschnittliche Versandweite trägt dazu bei, daß die Umsätze je Konzession in Berlin (West) um etwa 15 vH höher als in Westdeutschland liegen. Die Umsätze des gewerblichen Fernverkehrs stiegen von 1960 bis 1964 von 110 Mill. auf 130 Mill. DM. Die Mehrzahl der Unternehmungen hat einen Jahresumsatz zwischen 240 000 und einer Million DM. Der Übergang zwischen den beiden Sparten des Güterkraftverkehrs ist fließend, weil die Fernverkehrskonzession die Erlaubnis zum Nahverkehr einschließt.

Ebensowenig ist eine scharfe Grenze zum Speditionsgewerbe zu ziehen. Der Verkehrszensus rechnet hierzu nur solche Unternehmungen, die überwiegend im eigenen Namen für fremde Rechnung arbeiten, wobei Großunternehmungen, die ihren Schwerpunkt im Bundesgebiet haben, in der Berliner Zahl nicht erfaßt sind. Nach dieser Abgrenzung, die beträchtlich enger als die der Umsatzsteuerstatistik ist, gibt es in Berlin (West) etwa 60 Speditionsunternehmungen, die 1961 fast eine Viertel Milliarde DM umsetzten, wobei allerdings zu bedenken ist, daß hiervon rund drei Viertel „durchlaufende Posten“, also Auslagen sind. Vorherrschend in diesem Gewerbe sind Eigenumsätze zwischen 500 000 und 2 Mill. DM. Von 1961 bis 1963 sind die Umsätze nur leicht gestiegen, sie liegen je Unternehmung aber um etwa ein Fünftel höher als im Bundesgebiet.

In Berlin (West) gibt es rund 80 Binnenschifffahrtsunternehmungen, meist Einzelschiffer mit nur einem Fahrzeug von geringer Kapazität. Daneben sind einige wenige größere Reedereien für den

²⁾ Die Zahl der gegenwärtig ausgegebenen Erlaubnisse für den Nahverkehr ist auf 1 500 zu schätzen; in dieser Zahl sind aber auch Unternehmungen enthalten, die ihren Schwerpunkt im Handel und im Fernverkehr haben.

Die Umsatzentwicklung in zusammengefaßten Westberliner Verkehrszweigen
1960 = 100

Verkehrszweig	Jahr	Umsatz	
		insgesamt	je Steuerpflichtigen
Personenkraftverkehr ¹⁾	1961	112	96
	1962	137	91
	1963	139	88
Güterkraftverkehr	1961	108	122
	1962	109	130
	1963	120	157
Binnenschifffahrt ²⁾	1961	107	111
	1962	116	119
	1963	119	115
Spedition und Lagerei	1961	104	112
	1962	106	118
	1963	107	131

¹⁾ Ohne BVG. — ²⁾ Ohne Häfen und Wasserstraßen.
Quelle: Umsatzsteuerstatistik 1960 bis 1962 und Umsatzerhebung 1963. Die Jahre 1960 und 1961 sind auf die neue Systematik umgestellt.

Güterverkehr sowie die landeseigene Stern- und Kreisschifffahrt vorhanden, die nicht zum mittelständischen Gewerbe gerechnet werden können. Der Gesamtumsatz stieg von 1960 bis 1963 von fast 24 Mill. DM auf 28 Mill. DM. 70 vH aller Unternehmungen blieben mit ihrem Umsatz unter 50 000 D-Mark. Ein Vergleich mit den völlig anders garteten westdeutschen Verhältnissen zeigt, daß die Umsätze je Unternehmung in Berlin etwa um 30 vH niedriger liegen.

Der gewerbliche Personenverkehr läßt sich in das Taxen- und Mietwagengewerbe einerseits sowie in das private Omnibusgewerbe andererseits gliedern. Taxen und Mietwagen (mit Fahrer) dienen der Ergänzung des öffentlichen Linienverkehrs. Ende 1964 gab es in Berlin (West) 3500 Taxen und 270 Mietwagen. Die Zahl der Unternehmungen ist nicht wesentlich kleiner als die der Fahrzeuge, weil in der Regel Fahrer und Unternehmer identisch sind. Die Zahl der Taxen hat sich seit 1960 durch Ausgabe neuer Konzessionen etwa verdreifacht. Je Fahrzeug sind die Umsätze von 1961 bis 1963 daher von fast 32 000 auf etwa 24 000 DM gesunken, sie haben aber 1964 wahrscheinlich wieder etwas zugenommen. Das private Westberliner Omnibusgewerbe wird von fast 30 Unternehmungen betrieben. Anfang der sechziger Jahre konnte das Gewerbe noch stark expandieren, sein Umsatz stieg von 20 Mill. 1961 auf über 30 Mill. DM 1963. Seit etwa einem Jahr ist die Entwicklung aus verschiedenen Gründen, zu denen u. a. das verstärkte Auftreten westdeutscher Konkurrenten und der Rückgang der Fahrzeuganmietungen durch die BVG sowie die Subventionierung der Flugtarife gehören, umgeschlagen.

Die Bedingungen des Verkehrsgewerbes in Berlin (West) unterscheiden sich erheblich von denjenigen im übrigen Bundesgebiet, so daß regionale Vergleiche nur begrenzt möglich sind. Dennoch kann zusammenfassend festgestellt werden, daß in Berlin (West) für fast alle Verkehrszweige in den letzten Jahren eine erfreuliche — wenn auch in ihrem Ausmaß unterschiedliche — Entwicklung der Umsätze zu verzeichnen gewesen ist.